
Christliche Demokratie in Ungarn

Gábor Erdödy und Csaba Fazekas

1. Die Anfänge und ihr europäischer Hintergrund

Die Wurzeln der Christlichen Demokratie reichen zurück bis zur Französischen Revolution und zur industriellen Revolution mit der sog. Industrie- und Arbeiterfrage. Als selbständige Verbände entstanden die ersten christlichen Parteien im 19. Jahrhundert; ihre moderne Ausprägung erfuhren sie dann zur Zeit des Zweiten Weltkrieges, um das moralisch-politische Vakuum auf der Basis christlich-demokratischer und ethischer Werte auszufüllen. Bis heute bilden sie einen unentbehrlichen Faktor demokratischer Stabilität. Der Ausdruck *démocratie chrétienne* wurde zuerst von Monsignore Lamourette, dem Bischof von Lyon, am 21. November 1791 gebraucht. Einen bewussten politischen Inhalt bekam der Begriff aber erst in der Periode 1830–1848, als der bretonische Priester Hugues Robert Félicité de Lamennais (1782–1854) seine Forderung erhob, dass die Erneuerung der Kirche nur auf der Grundlage der bürgerlichen Reformen erreicht werden könnte.

Das erste Programm des liberalen Katholizismus, das zur Vorgeschichte der Christlichen Demokratie von heute zu zählen ist, wurde von dem Belgier A. Potter in der zweiten Hälfte der 1820er Jahre angesichts des Bündnisses von belgischen Katholiken und Liberalen entworfen; die erste Synthese christlicher und liberaler Grundwerte, die die Freiheit der belgischen katholischen Kirche als organischen Bestandteil der umfänglicheren liberalen Freiheitsbestrebungen deklarierte, entstand in der belgischen Ver-

fassung von 1831.¹ Bei der Formierung des liberalen Katholizismus spielte Kardinal Engelbert Streckx von Mechelen eine bestimmende Rolle; er erkannte, dass die katholische Erneuerung nur durch die Integration liberaler Elemente eine wirkliche Chance haben würde, Einfluss auf die Gesellschaft auszuüben.

Der liberale Katholizismus des Vormärz reagierte auf die Herausforderungen der Epoche flexibel, indem er vermochte, eine politische Antwort auf die demokratischen Bestrebungen der Amerikanischen und der Französischen Revolution, eine soziale Antwort auf die Verbreitung der Säkularisation und eine wirtschaftliche Antwort auf die einsetzende industrielle Revolution zu geben. Der liberale Katholizismus unterstrich damit, dass der Liberalismus keineswegs mit Antiklerikalismus identifiziert werden dürfe, dass die liberalen Grundwerte unvereinbar mit dem Katholizismus seien; angesichts seiner besonderen sozialen Sensibilität hat er aber die Auswüchse des ungezügelten, sog. Manchesterliberalismus kritisiert und ein Alternativkonzept entwickelt. Die Haltung der liberalen Katholiken, den Vorgängern der Christlichen Demokratie, hat Théophile Foisset, der Freund und Biograph Henri Lacordaires, plastisch² in seinen Erinnerungen beschrieben: „Vor allem war ich ein Katholik und blieb Katholik auch immer in voller Bedeutung des Begriffs. Da ich aber auch ein ehrlicher Liberaler war, glaubte ich der Kirche besser dienen zu können, wenn ich meinen Freiheitsideen treu blieb.“

2. Der ungarische Vormärz

Vor 1848, als sich die liberale Richtung des politischen Katholizismus des Westens als eine – wenn auch sehr kritische – Alternative der bürgerlichen Entwicklung formierte, spielte die katholische Kirche in Mitteleuropa und in Un-

garn eine bestimmende Rolle; zweifellos waren die kirchlichen Interessen damals mit denen des Feudalismus verbunden. Die Anregung zur gesellschaftlichen Erneuerung konnte somit zunächst nur Aufgabe säkularer Kreise sein.

Die öffentliche Meinung der 1830 einsetzenden Phase der ungarischen Reformzeit wurde neben einzelnen westlichen Vertretern durch die Werke von Vincenzo Gioberti und Cesare Balbo geprägt. Die Wahl von Papst Pius IX. (1846–1878), der zunächst als liberal eingeschätzt wurde, wurde begeistert aufgenommen und mit großen Erwartungen verknüpft. Neben den Ideen von Gioberti und Cesare gewannen auch Reformwerke anderer Kreise und Personen Einfluss auf die öffentliche Meinung. Dazu zählen die Vorstellungen von Klemens Maria Hofbauer (1751–1820) in Wien, der die katholische Erneuerung mit Ideen der Romantik (u. a. Friedrich Schlegel) verknüpfte, die Schule von Bernhard Bolzano, der die religiöse Toleranz mit der Forderung der Gleichheit und der Freiheit verband, ferner die Ideen reformkatholischen Zentrums der Diözese Leitmeritz in Böhmen, welches auf der Basis der christlichen Dogmen bemüht war, die Grundprinzipien der Aufklärung für das katholische Leben fruchtbar zu machen.

Die Vertreter des christlich-liberalen politischen Gedankenguts, die in ihren kirchenpolitischen Debatten in den ständischen Landtagen mit ihren Kontrahenten um Fragen wie die gemischtkonfessionellen Eheschließungen und der Säkularisierung des kirchlichen Vermögens stritten, waren außerordentlich gebildete Persönlichkeiten. Einer ihrer wichtigsten Vertreter ist József Eötvös (1813–1871), der anlässlich seines Frankreichbesuches Hugues Robert Félicité de Lamennais und seinen Kreis kennen lernte.³ Als Antwort auf die liberale Offensive entwickelte sich nach 1844 wie ein Selbstschutzreflex die kirchlich-politische Bewegung, die als Vorläufer des ungarischen politischen Katholizismus anzusehen ist. Deren Vertreter gaben ihre bis da-

hin geübte Passivität auf und wirkten mit den neokonservativen Laien im öffentlichen Leben zusammen. Gemäß dem Motto „Verteidigung des Christentums“ organisierten sie sich auf der Basis traditionalistischer Prinzipien und formulierten die Grundlagen eines katholischen Programms neuer Art. Der liberale Katholizismus, welcher die bürgerliche Umwälzung bejahte und in diesen Veränderungen auch Impulse für die kirchliche Erneuerung erhoffte, war im Vormärz praktisch noch nicht aktiv. So stand z. B. der Domkapitular von Raab (Győr), Károly Wurda, der bereits 1843 im ständischen Landtag mit seiner Forderung „freie Kirche im freien Staat“ eine Formel vorwegnahm, die ab 1848 vom niederen Klerus vertreten wurde, noch ziemlich einsam da.

3. Die Phase der bürgerlichen Umwälzungen (1848/49)

Das Jahr 1848 bedeutete auch für den liberalen Katholizismus Europas einen Meilenstein. Als Ergebnis der Bemühungen von Lamennais, Boucher und Lacordaire trat der demokratische und soziale Katholizismus auf die politische Bühne mit seinen Bestrebungen nach einer Synthese zwischen christlicher und sozialer Demokratie;⁴ diese Forderungen intendierten den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft auf der Grundlage des Christentums. Auch in Mitteleuropa erwachten große Hoffnungen, dass das in der Region vor allem von Eötvös und Gioberti vertretene Wertesystem verwirklicht werden könne.

In diesem Geiste sind auch in Ungarn wichtige Gesetze eingeführt worden, wie z. B. die Trennung von Staat und Kirche, die Gleichberechtigung der Konfessionen, wodurch die katholische Kirche ihre feudalistischen Privilegien als Staatsreligion verloren hat. Am 18. März 1848 haben so die Domherren und auch die Bischöfe auf den Zehnten ver-

richtet – ohne eine Entschädigung, als Zeichen ihres „patriotischen Opfers“. Auf diese Geste reagierte die liberale Regierung, indem sie die staatliche Unterstützung bestimmter kirchlicher Gemeinwohlaktivitäten und eine angemessene Entschädigung der Kirche gemäß einer Initiative von Lajos Kossuth gesetzlich garantierte.

Der ungarische hohe Klerus hat die historische Wende zur Kenntnis genommen und suchte nach einer möglichen Annäherung an die neuen Verhältnissen. Die nationale Verpflichtung der Kirche betonten auch die Bischöfe János Scitovszky von Pécs (Fünfkirchen) und József Lonovics von Csanád, als sie unmissverständlich deklarierten, dass die katholische Kirche zur Kooperation bereit sei, die Voraussetzungen zur staatlichen Konsolidierung und zum friedlichen Zusammenleben zu sichern. Die Akzeptanz eines Minimums an liberalen Grundsätzen angesichts der bürgerlichen Umwälzungen bedeutete aber nicht, dass man allen Konfrontationen mit der Batthyány-Regierung unbedingt aus dem Weg gehen wollte.

Die Bischofskonferenz stellte am 6. April 1848 in Preßburg fest: Die katholische Kirche will ihre Aufgabe unabhängig von allen staatlichen Eingriffen erledigen und setzt dabei auf die Freiheit, kirchliche Schulen zu gründen, ihre Stiftungen und ihr Vermögen autonom zu verwalten und die nationale Synode beizubehalten. Wegen ihrer Angst vor der Säkularisation und der Kontrolle des liberalen Staates setzte sie eine katholische Autonomiebewegung in Gang, unter Einbeziehung der Laien, aber ohne den Wunsch, die innere Demokratisierung der Hierarchie anzustreben. Mit der Absicht, Einbußen möglichst gering zu halten, trat die Kirche weiterhin entschlossen gegen alle liberalen Versuche auf, so z. B. beim Schulgesetzentwurf von József Eötvös.

Parallel zu den Initiativen des hohen Klerus machten sich im Frühjahr und im Sommer 1848 auch im niederen Klerus Bestrebungen nach Selbständigkeit bemerkbar.

Durch Beratungen, Presseartikel, Flugblätter und sonstige Aktivitäten entfaltete sich die demokratische Alternative der katholischen autonomen Bewegung zu einem Zeitpunkt, als die Neuorganisation der Kirche auf der Basis der Gemeindefarbeit, umfangreicher Reformen im Geiste der christlichen Caritas und der vollständigen inneren Gleichheit sowie die Bewegung zur Einführung der „Messe in der Volkssprache“ einsetzte. Der radikale niedere Klerus verwarf die Position des hohen Klerus und lehnte auch die Kompromisslösungen der Regierung ab; der niedere Klerus forderte in der parlamentarischen Debatte über den Schulgesetzentwurf von Eötvös die Abschaffung des kirchlichen Monopols, die Gründung staatlich finanzierter und kontrollierter „Gemeinschaftsschulen“ (unter Beteiligung verschiedener Konfessionen) und die totale Trennung von Staat und Kirche.

Das Jahr 1849 ist auch der Beginn der Tätigkeit des größten ungarischen Vertreters des liberalen Katholizismus, des Bischofs und Ministers der Szemere-Regierung, Mihály Horváth. Am 15. Juni verkündete er programmatisch „die allgemeine Erneuerung und Wiedergeburt der Kirche“. Er kritisierte, dass die Bischöfe zu stark auf das Haus Habsburg konzentriert seien und betrieb den Ausbau staatlicher Unterstützungen des Priestertums; er regte die Aufhebung des Zölibats an und rief den Kongress der katholischen Kirche in Ungarn für den 20. August zusammen. Doch kam diese Versammlung nicht mehr zustande, was für die politische und kirchliche Entwicklung Ungarns äußerst folgenreich war.

4. Die Phase des Neo-Absolutismus

Wie in den anderen Ländern Europas war auch in Ungarn die Folgezeit zutiefst geprägt von den konservativ-konterrevolutionären Kräften und ihren restaurativen Staats- und Rechtsideen. Parallel dazu setzte sich in der katholischen Kirche die ultramontan-integralistische Richtung durch, die – anders als die Christlichen Demokraten es vorhatten – ein Bündnis von Thron und Altar anstrebten. Diese Kräfte waren von einem militanten Antiliberalismus geprägt. Der Bewegungsspielraum Ungarns und der Völker der Habsburger Monarchie war durch das Konkordat von 1855 bestimmt. Einige Verfechter des liberalen Katholizismus versuchten, sich trotz der äußerst ungünstigen Verhältnisse gegen diese breite konservative Front in Staat und Kirche zu stellen. Dazu zählten der Wiener Domprediger Johann Emmanuel Veith und der Philosoph Anton Günther, ferner die Vertreter des böhmischen demokratischen Reformkatholizismus, Náhlovsky und Havlicek, die die liberalen Katholiken Ungarns stützen wollten; doch sahen sie sich schließlich vor die Alternative gestellt, sehr zurückhaltend zu wirken oder zu emigrieren.

In dieser Phase des Neo-Absolutismus vertieften sich auch die Beziehungen zwischen Eötvös und dem Franzosen Charles de Montalembert, von dessen Gedankengut die christlich-liberale Bewegung Eötvös' beeinflusst ist. Diese Theorie bemühte sich, religiös-philosophische und kirchenpolitische Ideen einerseits sowie moralphilosophische und staatstheoretische Grundsätze andererseits zu verbinden. Diese Synthese war getragen vom moralischen Impetus des Evangeliums und bemühte sich gleichzeitig, den historisch-zivilisatorischen Erfordernissen der Gegenwart Rechnung zu tragen. Eötvös war der führende ungarische Denker des liberalen Katholizismus. Die internationale Ausstrahlung seiner wissenschaftlichen Arbeiten war be-

deutsam,⁵ vor allem französische und deutsche Zeitgenossen schätzten seine Werke.

Die ungarische öffentliche Meinung verfolgte in jener Phase die politisch-kirchlichen und sozialetischen Entwicklungen des Westens mit großer Aufmerksamkeit. Prägend waren die Informationen über den internationalen Katholikerkongress 1863 in Mechelen. Die Vorträge und Diskussionen der von Kardinal Streckx organisierten Veranstaltung haben unterstrichen, dass der Katholizismus mit den *Grundprinzipien Freiheit, Fortschritt, Demokratie und liberalen Grundsätzen* vereinbart werden kann und muss: Jede Verkürzung und Unterdrückung der bürgerlichen Freiheit, so bekundeten die Kongressteilnehmer, richtet sich auch gegen die Kirche selbst. So ließ Eötvös schon 1864 die Dokumentation mit den Reden von Montalembert u. a.⁶ unter dem Titel *Freie Kirche im freien Staat* in ungarischer Sprache verbreiten. Durch die Überzeugung und die Hoffnung geleitet, dass Montalemberts christlich-liberale Ideen einmal die Ideen aller Katholiken werden, hat Eötvös in seiner Einführung an die ungarischen Leser betont: „Endlich muss die Form gefunden werden, die den unsinnigen Kampf abschließen kann, der das Christentum und die Freiheit einander gegenüberstellt. Die Festigung der Kirche hängt von dem Verhältnis ab, in dem die Interessen der Kirche und der Freiheit zusammenfallen.“

Große Bedeutung hat man in Ungarn auch dem 1864 erschienenen Werk des Mainzer Bischofs, Wilhelm Emmanuel von Ketteler *Die Arbeiterfrage und das Christentum* beigemessen.⁷ Aber nur wenige haben die Konsequenzen gezogen, im Interesse des Zurückdrängens des Marxismus soziale Initiativen einzuleiten und – anders als die sozialistische Arbeiterbewegung – das Bündnis von bürgerlichem Staat und christlichen Sozialideen auf den Weg zu bringen.

5. Die Phase des Dualismus

Der politische Katholizismus verstand sich in Ungarn weder in der Phase nach 1849 noch nach 1867 als eine positive Alternative zur bürgerlichen Umwälzung. Die österreichisch-ungarische Regierung hat zwar eine Reihe liberaler Gesetze eingeleitet, die privilegierte Position der intransigenten katholischen Kirche blieb jedoch davon unberührt. Die Versuche, die Autonomiebestrebung wieder aufzugreifen, ist – trotz der Unterstützung durch Primas János Simor – am Widerstand des Vatikans gescheitert. Die gleichzeitig betriebene „dualistische Politik“ hat sich von der Tradition Eötvös' wie auch von der Theorie des zeitgenössischen westlichen christlichen Liberalismus entfernt. Sein Programm fiel dem Kompromiss zum Opfer, und nur wenige – wie z. B. Daniel Irányi – bemühten sich, an den Vorstellungen Eötvös' zu orientieren. Zwar haben sie durch die Einführung der liberalen kirchenpolitischen Reformen 1894/95 (sie betrafen die obligatorische bürgerliche Eheschließung und die Anerkennung der jüdischen Konfession) kleine Erfolge erzielt, doch entfaltete sich gleichzeitig eine starke Gegenoffensive traditionalistischer Kreise.

Das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts war in Mitteleuropa durch wachsende gesellschaftliche Dynamik und die extremen Widersprüche der industriellen Revolution gekennzeichnet. Der klassische Liberalismus, der sog. Manchesterliberalismus, konnte auf die neuen Herausforderungen keine ausreichende Antwort geben. Die Enttäuschten engagierten sich angesichts der politischen Differenzierungen in radikal-antiliberalen sozialistischen Bewegungen. Während im Westen die christlich-demokratischen und christlich-sozialen Vorstellungen von Männern wie Lamennais, Montalembert und Wilhelm Emmanuel Ketteler Verbreitung fanden, hat sich der betont konservative politische Katholizismus in Ungarn zeitge-

mäßen Ideen verschlossen und auf antiquierte Ordnungs-ideen zurückgezogen.

So ist es auch verständlich, dass ähnliche Reaktionen der ungarischen Öffentlichkeit auf die Sozialenzyklika *Rerum novarum* (1891) und das *Ralliement* von Leo XIII. 1892 folgten;⁸ im ungarischen Katholizismus gab es zu jener Zeit zwar eine Vielzahl christlich-sozialer Kreise, doch hatten diese zumeist nur regionale Bedeutung; ihre Programme waren uneinheitlich und widersprüchlich.

6. Der christliche Sozialismus um die Jahrhundertwende

Die Geschichte der Christlichen Demokratie im Ungarn des 20. Jahrhunderts beginnt mit der Entstehung erster selbständiger katholischer Organisationen, der die Gründung der *Volkspartei* unter der Führung von Nándor Zichy 1895 folgt. Die neuen christlich-sozialen Formationen sahen ihre programmatischen Hauptpunkte zum einen in der Ablehnung der kirchenpolitischen Gesetze, die das Verhältnis von Kirche und Staates neu regelten, zum andern in einer politisch-gesellschaftlichen Beteiligung der katholischen Kirche als Gegengewicht zum Liberalismus. Ihre Beteiligung an der Regierung 1906 mag erklären, dass diese Kreise ihre Beziehungen zu anderen ungarischen und ausländischen christlich-demokratischen und christlich-sozialen Bewegungen, die sich nach der Veröffentlichung des *Rerum novarum* gebildet hatten, abgebrochen haben.⁹

Zu dieser Zeit war in Ungarn die Zahl der Persönlichkeiten, die die Interessen der Kirche mit demokratischen und sozialen Programmen verknüpfte, recht gering. Solche Ideen und Bewegungen vermochten erst wesentlich später Wirkung zu entfalten. Ihr bedeutendster Vertreter, Prälat Sándor Giesswein (1856–1923), nahm 1899 an dem Wiener christlich-sozialen Kurs teil.¹⁰ Der ungarische Klerus, der

überwiegend dem Hochadel entstammte, betrachtete den Auftritt Giessweins ebenso misstrauisch, wie die Proklamationen der sozialen bzw. reformkatholischen Ideen von Bischof Prohászka. In seiner Programmrede anlässlich der Gründung der *Ungarischen Christlich Sozialen Partei* im Jahre 1910 skizzierte er – als erster in Ungarn – die moderne Christliche Demokratie als eine die Verbürgerlichung bejahende soziale, keineswegs konservative Programmatik. Aus seiner demokratischen Gesinnung und tiefen Gläubigkeit heraus entwickelte er in den Kriegsjahren seine Auffassungen zur Nationalitätenfrage und zum Pazifismus – Vorstellungen, die seinerzeit in Ungarn als Ausnahme galten. Innerhalb des kämpferischen bzw. integralistischen Katholizismus hat er damit Zorn und Empörung ausgelöst. Beim Ausbruch der bürgerlichen demokratischen Revolution 1918 begrüßten Giesswein, Prohászka und die Christlichen Sozialisten den Untergang des alten Systems, in der Hoffnung, dass sich die christliche Politik künftig auch in Ungarn statt einem ultramontanen Konservativismus den modernen Ideen der Christlichen Demokratie zuwenden möge. Seit dem Staatsstreich im März 1919 wurden allerdings alle Formen von Religion sowie christlicher Glaubens- und Sozialideen verfolgt, so dass diese vielversprechende christlich-politische Initiative im Keim erstickt wurde.

7. Antiliberale und antidemokratische Ideen im Sinne traditioneller Religiosität (1920–1944)

Das mit dem Namen des Reichsverwesers Miklós Horthy (1868–1957) verbundene Regime in Ungarn (von 1920–1944) verurteilte entschieden die kommunistischen Umsturzversuche von 1919, ebenso auch die Oktoberrevolution von 1918 und die vorangegangene liberale Periode.¹¹ Das geistes-

geschichtliche Signum dieser Epoche wird angesichts der weitgehenden Interessengleichheit von ungarischem Staat und den Kirchen treffend als *christlich-national* gekennzeichnet. Die Vorstellungen der politischen Elite wurden weitgehend durch das Friedensdiktat von Trianon geprägt, das große Teile Ungarns, d. h. die Hälfte der ungarischen Bevölkerung und zwei Drittel des Territoriums den Nachbarstaaten zugesprochen hat. Viele waren der Meinung, dass für diese Tragödie, die die Seele des ungarischen Volkes tief verletzte, *fremdländische Mächte oder Ideen* verantwortlich gewesen seien und dass diese tiefe Wunde nur durch die traditionelle Religion und eine öffentlichkeitswirksame Kirche geheilt werden könne.

Vor allem wollte man enge Beziehungen zur römisch-katholischen Kirche pflegen. Diese Annäherung war von gegenseitigem Interesse getragen: die führenden kirchlichen Persönlichkeiten erhofften sich davon die Wiederherstellung des Ansehens der Kirche, Horthy hingegen benötigte für seinen Rückhalt in der Bevölkerung das moralische Gewicht des Katholizismus.

Nach den Worten des Erzbischofs von Esztergom (Gran), János Csernoch, kann das Verhältnis von Staat und Kirche in dem von Umbrüchen bestimmten Ungarn der Zwischenkriegszeit kaum treffender als ein Zusammenwirken von *Körper und Seele* charakterisiert werden. Der Staat übertrug zahlreiche politisch-kulturelle Aufgaben direkt an die Kirche, die ihren Großgrundbesitz behielt und im Schulsystem praktisch eine Monopolstellung innehatte. Die Stellung des Christentums bzw. der Kirche ist einerseits gekennzeichnet durch einen Integralismus, der große Teile des öffentlichen Lebens der Zuständigkeit der Kirche übertrug; andererseits ist die kirchliche Position gekennzeichnet durch Abgrenzung gegenüber unliebsamen Strömungen und Entwicklungen. So wurden die linken sozialistischen Bewegungen ebenso verworfen wie die westlichen liberalen Ideen. Unter-

stützt wurden hingegen agrarisch-organische Ideen, begleitet von einem mäßigen Antisemitismus. Am Christentum schätzte man demnach nicht seine universalistischen Werte, vielmehr vertrat man eine spezifisch ungarisch-regionale Variante von Katholizität.

Nach 1920 konnten sich die verschiedenen politischen Alternativen ausschließlich im Rahmen christlich-nationaler oder nationalistischer Ideologien entfalten; entsprechend verengte sich der Spielraum für eine genuin christlich-demokratische Politik radikal. Anders als in Österreich, das in vielerlei Hinsicht ähnliche innenpolitische Umbrüche erlebte, konnte der politische Katholizismus in Ungarn mit seiner Synthese von christlichen und nationalen Ideen nicht zum stabilisierenden Faktor des politischen Systems werden. Wie vor 1918, wo das Katholische als die konservative Alternative zum liberalen Staat angesehen wurde, wurde auch im Horthy-Regime der politische Handlungsrahmen vom Staat und der mit ihm verbundenen Kirchenführung streng reglementiert. Somit blieb für die christlich-politischen Kräfte nur die Wahl zwischen einer wie auch immer auszufüllenden Oppositionsrolle oder der Unterordnung unter das konservative Regime. Horthy verkündete Ende 1919: „Wir können unsere tausendjährige Heimat nur dann vor dem Verderben retten, wenn sich alle ungarischen Christen in einer Partei versammeln.“

Angesichts des steigenden Drucks sahen sich Prälat Giesswein und seine Anhänger gezwungen, sich trotz ihrer christlich-sozialistischen Bestrebungen dem Regime anzuschließen und ihre Selbständigkeit aufzugeben. Der im Jahre 1921 zum Ministerpräsidenten gewählte István Bethlen, der nie den Gedanken an eine christlich-demokratische Politik verschwendete, entschied sich für eine ganz und gar der autoritären Staatsgewalt unterworfenen Regierungspartei, die sich auf die Mitwirkung des hohen Klerus stützen konnte.

In dieser Form der christlichen Einheitspartei gab es keinen Raum für die christlich-soziale Programmatik, wie es sich die Christlichen Sozialisten um Prälat Giesswein vorgestellt hatten; vielmehr verstärkten sich gar noch der Antiliberalismus und der Antisemitismus. Die Bewegung des Christlichen Sozialismus, die sich in Ungarn – ähnlich wie auch in Deutschland nach 1918 – nicht als eine Version des Sozialismus verstand, sondern eine sozialreformerische Richtung der christlichen Soziallehre verkörperte, konnte angesichts der herrschenden Verhältnisse nur vereinzelte Erfolge in der gewerkschaftlichen Organisation erreichen. Ihr Gegenpart, die mit der Regierung Bethlen kooperierende christdemokratische, konservativ-klerikale Bewegung des politischen Katholizismus hatte entsprechend keine Gemeinsamkeiten mit der deutschen Zentrumspartei oder der Partito Popolare Italiano.¹² Ideologie der Partei wurden von dem Parlamentsabgeordneten János Láng konzipiert. In seinem im Jahre 1924 veröffentlichten Programm der *Christlichen Demokratie* wurden denn sämtliche Werte und Grundsätze der bürgerlichen Gesellschaft und des liberalen Staates des 19. Jahrhunderts abgelehnt. Láng vertrat die Ansicht: „Ich fordere das demokratische Wahlrecht, aber nur für das dafür reife und damit vertraute Volk, die Freiheitsrechte, aber nur für diejenigen, die vor dem Recht, dem Gesetz und der Gerechtigkeit darauf Anspruch erheben dürfen.“

Die christlich-traditionalistische Partei war nicht fähig, die durch die wirtschaftliche Krise verursachten Probleme nach 1931 zu lösen. Aus der Sicht ihrer Anhänger gab es nur zwei: eine konservativ-legitimistische katholische Bewegung unter der Führung von József Mindszenty (1892–1975, der spätere Primas von Ungarn und Kardinal hieß ursprünglich Pehm) oder eine moderne christlichen Demokratie. In den 1930er Jahren gab es eine kleine Gruppe katholischer Intellektueller, die den Rechtskurs

des Horthy-Regimes kritisierte und eine ungarische Beteiligung am Zweiten Weltkrieg ablehnte.

Bei einer Zusammenkunft 1943 in Győr (Raab) verwiesen József Pállfy und István Barankovics auf den sozialreformerischen und vor allem den demokratischen sowie neoliberalen Charakter der Christlichen Demokratie und gründeten 1944 die *Christliche Demokratische Volkspartei*. Sie war antifaschistisch eingestellt und lehnte entsprechend auch das Erbe des Horthy-Regimes ab.

8. *Demokratie und modernisierende Bestrebungen* von István Barankovics (1944–1949)

Seit 1944 trat mit István Barankovics (1906–1974) eine Persönlichkeit von europäischem Format auf. Mit seiner Begabung und seiner politischen Bestimmtheit gab er der aufkeimenden ungarischen christlich-demokratischen Bewegung ein eigenes Profil und ein klar konturiertes Programm. Seine Partei, die *Demokratische Volkspartei*, wollte statt des Autoritätsstrebens und der Scheinheiligkeit des Horthy-Systems ein modernes, demokratisch-bürgerliches Ungarn schaffen.¹³ Das Konzept Barankovics' sah keine exklusive Beteiligung der katholischen Kirche und des hohen Klerus mehr vor, sondern baute auf die breite Mitwirkung der katholischen Gläubigen und stellte die christliche Soziallehre ins Zentrum seiner Bestrebungen. Im Gegensatz zu Mindszenty sah Barankovics in den 1945 eingeführten Reformen unerlässliche Voraussetzungen der Demokratisierung des Landes. Sein 1947 veröffentlichtes Programm zeichnete sich durch eine mutige Haltung gegenüber dem bolschewistischen Staatsapparat und seiner Ideologie aus. Barankovics, der sich zu den Menschen- und Freiheitsrechten, besonders zur Glaubensfreiheit bekannte, vereinigte die traditionellen Grundprinzipien der christlichen Staats-

und Soziallehre mit Forderungen nach gesellschaftlicher Modernisierung.

Im Marxismus sah er seinen größten Gegner. In seinen Vorstellungen vom gesellschaftlichen Zusammenleben vereinten sich staatsbürgerliche Ideen mit den vom christlichen Menschenbild geprägten Grundsätzen personaler Würde und Rechte des Menschen, die dem Menschen nicht vom Staate verliehen werden, sondern auf dem theologischen Gedanken der Geschöpflichkeit und Ebenbildlichkeit Gottes des Menschen beruhen. Entsprechend ist der Staat zur Achtung und Sicherung dieser Fundamentalgüter verpflichtet. Als sein politisches Ideal bezeichnete Barankovics die „Demokratie auf der Grundlage von Freiheit und Gleichheit“, die sich in den Selbstverwaltungen und in der parlamentarischen Staatsform verwirklicht. Sein Denken und Handeln ist gekennzeichnet durch eine exzeptionelle Sensibilität; diese widmete sich der Unterstützung des kleinen Mannes, den Arbeitern im Dienste von Großgrundbesitzern und Kapitaleignern. Schließlich zeichnet sich das Programm aus durch Toleranz gegenüber den nationalen Minderheiten sowie Garantien für die Beibehaltung der Volkssprache und die Anerkennung und Sicherung kultureller Autonomie.

Die politische Größe Barankovics' zeigte sich in seiner mit Energie geführten Parteienorganisation wie auch in der erfolgreichen Verbreitung der christlich-demokratischen Programmideen. Mit Mut und Zähigkeit setzte er sich für seine christlich-humanen Ziele ein; das zeigte sich z. B., als er – anders als die Vertreter der kleinen Landwirte – deren Zusammenarbeit mit den Kommunisten ablehnte, trotz der auf ungarischem Boden stationierten sowjetischen Armee. Doch musste dann angesichts des immer größer werdenden Drucks der Kommunistischen Diktatur emigrieren.

Bis zu seinem Tod im Jahre 1974 schrieb Barankovics mehrere Essays über die ungarische christliche Demokra-

tie, die in ihren grundsätzlichen Betrachtungen auch heute noch aktuell sind. Besondere Anliegen waren ihm die Neuordnung des Verhältnisses von Staat und Kirche sowie die universelle Botschaft des II. Vatikanischen Konzils.

9. Überleben und Neubeginn in der kommunistischen Epoche

Die Bedingungen für die Kirchen und die christlich-demokratischen Ideen wurden nach 1949 immer ungünstiger. Die Kommunisten haben vor allem die Grundstrukturen der Kirchen gezielt zerstört und versucht, alle Formen christlicher Werte und religiöser Betätigungen zu vernichten und das Christentum massiv zu unterdrücken. In mutigen Kirchengemeinden entstanden jedoch *kleine Kreise der Freiheit*; diese versuchten, durch die Pflege der christlichen Tradition die Idee einer humanen und gerechten Existenz des Menschen zu bewahren und nach Maßen zu fördern.

Der Neubeginn der öffentlichen Tätigkeit der Christen und der Kirchen nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems bedeutete eine beispiellose Herausforderung. Die Hauptakzente der christlich-demokratischen und -sozialen Aktivitäten wurden auf die soziale Sicherung, die Erziehung und auf die Förderung der Kultur und Schule gelegt. Auf diese Weise sollten traditionelle christliche Ideen bewahrt und unter den veränderten Bedingungen erneuert und verbreitet werden. Die Gesellschaft setzte große Hoffnungen auf die Kirche. Von ihr erwartete man, dass sie der in ihrer Seele tief verwundeten Nation ihr Selbstbewusstsein und ihre Menschlichkeit und Würde zurückgibt. Die Erfüllung dieser Erwartungen waren jedoch für die Kirchen dadurch erschwert, dass sie sich selbst nach den Jahrzehnten der Unterdrückung in der Diktatur in einem schwierigen Zustand befanden.

Um die hehren christlichen Ziele verwirklichen zu können, hielt die neue demokratische ungarische Regierung im Jahre 1990 „die vollständige Wiederherstellung der Voraussetzungen zur Funktionsfähigkeit der Kirche, die Sicherung ihrer wirtschaftlichen Autonomie“ für nötig und zeigte sich entschlossen, den ungarischen Kirchen diejenige historische Rolle wieder zuzuweisen, welche sie während der letzten 1000 Jahren gespielt haben. Diese Konzeption geht davon aus, dass die Kirchen unentbehrliche Träger und Vermittler der Werte sind, auf denen die neu orientierende Gesellschaft und die sich erneuernde christlich-demokratische Politik basiert.

10. József Antalls liberale christlich-demokratische Ideen und die Strategie der Wiedergeburt

Die historische Erneuerung von Kirche, Staat und Nation bildete den Kernpunkt der Politik und Programmatik von József Antall. Seine Vorstellungen basieren auf den geistigen Grundlagen der modernen Christlichen Demokratie und auf dem liberalen und nationalen Erbe. In seinen Reden und Schriften entfaltet er die Grundelemente der modernen ungarischen Christlichen Demokratie, die den Kern seiner politischen Philosophie darstellt. Seine kirchenpolitischen Vorstellungen hat er in immer neuen historischen Entwürfen entfaltet. Er betonte: „In der Christlichen Demokratie bedeutet das demokratische Prinzip das gleiche wie in den plebejisch-patriotischen und in den national-liberalen Ideen. Besondere Bedeutung verleiht es aber dadurch, dass es hier um diejenigen grundbestimmenden ethischen Werte und Universalität geht, die die Völker Europas verbinden“ und die Nationen ausgleichen. Diese christlichen Ideen haben Antall und seine Programmatik bestimmt, als er sich konsequent auch von solchen christ-

lichen Bewegungen distanzierte, die sich demokratischen Auffassungen widersetzten. Als wichtigsten Grundsatz des Christentums forderte er die kompromisslose Distanzierung von jeder Form von Antisemitismus.

Eine besonders große Aufgabe und Verantwortung hat er seit dem Systemwechsel in der Zusammenarbeit mit den Protestanten gesehen. Antall betonte, dass der Protestantismus mit seiner Hervorbringung universeller Werte, ähnlich wie der Katholizismus, bei der Gestaltung des Vereinten Europa, aber auch in der Bewahrung und Förderung der ungarischen nationalen Kultur und Identität und insgesamt hinsichtlich der europäischen und christlichen Grundwerte historisch mitbestimmend gewesen sei. Die einzigartige Symbiose von ungarischem Protestantismus und Katholizismus sah er für die aktuellen Entwicklungen als hoch bedeutsam an; dadurch habe die ungarische christliche Mentalität eine spezifisch puritanisch-ökumenische Prägung erhalten.

In einer Rede am 12. Oktober 1991 betonte er mit Blick auf die Geschichte, dass nationaler Liberalismus und Christliche Demokratie keine miteinander unvereinbaren politischen Ideenkreise und Bewegungen seien. Die Geschichte habe hinlänglich gezeigt, dass „das Christentum, das Europäertum, die liberale Denkweise und das soziale Empfinden Prinzipien sind, die einander nicht ausschließen, sondern einander bedingen, so dass die modernen christlich-demokratischen Parteien von heute in ihrer Programmatik die christlichen, die wertkonservativen, die sozialen und die liberalen Elemente enthielten“. Für nicht weniger wichtig hielt er den Umstand, dass der nationale Liberalismus weitgehend unser nationales politisches Erbe sei. Und Antall folgerte: „Wir können uns ruhig liberale Christliche Demokraten nennen, weil wir nur eine solche Christliche Demokratie akzeptieren können, die all diejenigen Werte annimmt, die wir auch als liberale Werte ansehen.“

Es ist Antalls große historische Leistung, dass er sich sowohl auf die universellen christlich-demokratischen wie auch auf die ungarischen national-liberalen und spezifisch föderalen verfassungsrechtlichen Traditionen stützte und sie zu einer Synthese formte. Auf dieser Grundlage leitete er zahlreiche Entwicklungen ein; so kam es zur Neugestaltung kirchlicher Verhältnisse und staatskirchenrechtlicher Regelungen auf verschiedenen Ebenen sowie zu – in den mitteleuropäischen Transformationsländern beispiellosen – erfolgreichen politischen und wirtschaftlichen Reformen, die sich nicht zuletzt auch durch ein pragmatisches Verhalten des Staates auszeichneten. Antall hat damit die wichtigsten Grundlagen zum Systemwechsel geschaffen; dies gelang ihm mittels langfristiger Perspektiven, politischer Visionen und Normen, die der Funktionsfähigkeit der neuen Ordnung dienlich waren. Auf der Grundlage der abendländischen, christlich-jüdischen Wertegemeinschaft und der ungarischen national-liberalen Traditionen hat er ein kohärentes pragmatisches Konzept entwickelt, dem man Zukunft bescheinigen muss.

József Antall hat erkannt, dass eine angemessene Regelung des Verhältnisses von Staat und Kirche der Grundstein einer funktionsfähigen Demokratie ist. Dementsprechend hat er die Neuordnung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche auf der Basis moderner christlich-demokratischer und liberaler Prinzipien vorgenommen. Wegen seines frühen Todes konnte er sein Werk nicht vollenden. Seinen Nachfolgern ist es aufgetragen, die Arbeit fortzusetzen.¹⁴

Anmerkungen

¹ Vgl. Kurt JÜRGENSEN, *Lamennais und die Gestaltung des belgischen Staates. Der liberale Katholizismus in der Verfassungsbewegung des 19. Jahrhunderts*, Wiesbaden 1963, S. 106ff, 159ff.

² Vgl. Théophile FOISSET, *Vie du R. P. Lacordaire*, 2 Bde., Paris 1870.

³ Vgl. auch Gábor GÁNGÓ, *Joseph Freiherr Eötvös in Bayern*. Okto-

ber 1848 – Dezember 1950, in: Ungarn-Jahrbuch 24 (1998/99), S. 205–222.

⁴ Diese Synthese ist gut herausgearbeitet bei Andreas VERHÜLSDONK, Religion und Gesellschaft. Félicité Lamennais, Frankfurt am Main 1991.

⁵ Vgl. William JUHASZ, The Development of Catholicism in Hungary in Modern Times, in: Church and Society. Catholic Social and Political Thought and Movements 1789–1950, ed. by Joseph N. Moody, New York 1953, S. 659–719.

⁶ Französische Erstveröffentlichung: Charles DE MONTALEMBERT, L'église libre dans l'état libre. Discours prononcés au Congrès catholique de malines (Extrait du Journal de Bruxelles des 25 et 26 août 1863), Paris 1863; deutsch: Die freie Kirche im freien Staat, Brixen 1864; zur Bedeutung der frühen Christlichen Demokratie in Frankreich vgl. Hans Maier, Revolution und Kirche. Zur Frühgeschichte der Christlichen Demokratie (¹1959), Freiburg i.Br. ⁵1988.

⁷ Mainz ¹1864.

⁸ In der Enzyklika Notre consolation (1892) empfiehlt Papst Leo XIII. den französischen Katholiken, die republikanische Ordnung anzunehmen; vgl. hierzu den Beitrag von Rudolf UERTZ in diesem Band.

⁹ Zur Bedeutung von Rerum novarum für die christlich-demokratische und soziale Bewegung vgl. Hans MAIER, „Rerum novarum“ und die Entstehung christlich-demokratischer Bewegungen in Europa, in: Kirchliche Zeitgeschichte 5 (1992), S. 289–305.

¹⁰ Zu Giesswein vgl. Ilona REINERTH-TÁRNOKY, Prälat Sándor Giesswein. Christlicher Sozialismus und Demokratie in Ungarn zu Beginn des 20. Jahrhunderts, in: Ungarn-Jahrbuch 23 (1997), S. 205–286 (Teil I), 24 (1998/99), S. 105–163 (Teil II).

¹¹ Zu Horthy vgl. Csaba FAZEKAS, Collaborating with Horthy. Political Catholicism and Christian Political Organizations in Hungary 1918–1944, in: M. Gehler /W. Kaiser/H. Wohnout, Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert. Christian Democracy in 20th Century Europe. La Démocratie Chrétienne en europa au XXe siècle, Wien 2001, S. 224–249, hier S. 228ff., 236f., 240ff.

¹² Vgl. C. FAZEKAS (wie Anm. 11), S. 235 f.

¹³ Vgl. J. GERGELY, Christdemokratie in Ungarn 1944–1949, in: M. Gehler/W. Kaiser/H. Wohnout (wie Anm. 11), S. 464–482.

¹⁴ Weitere Literatur zum Thema: Gábel ADRIÁNYI, Fünfzig Jahre

ungarischer Kirchengeschichte 1895–1945, Mainz 1974; DERS., Geschichte der Kirche in Osteuropa im 20. Jahrhundert, Paderborn 1992; József ANTALL, Modell és valóság II. Politikai beszédek Magyarországon 1989–1993 (Modell und Wirklichkeit II. Politische Reden in Ungarn 1989–1993), Budapest 1994; István BARANKOVICS, A katolikus hit és egyház helyzete Magyarországon (Die Lage der katholischen Kirche und des Glaubens in Ungarn), New York 1964; Hedwig BUBNÓ, (Rezension): Az egyház szerepe a 18–19 századi társadalmi modernizációban a Pannón-térségben (Die Rolle der Kirche bei der sozialen Modernisierung im 18. und 19. Jahrhundert im panonischen Raum), in: Egyháztörténeti Szemle 2 (2001); László CSORBA, A vallásalap „jogi természete“. Az egyházi vagyon problémája a polgári átalakulás korának Magyarországon 1782–1918 („Die juristische Natur“ des Religionsfonds. Die Problematik kirchlichen Vermögens im Ungarn des Zeitalters bürgerlicher Umwälzung 1782–1918), Budapest, 1999; DERS., Az első népképviselői országgyűlés állásfoglalása a művelődés-és egyházpolitikai kérdésekben (Die Stellungnahme des ersten repräsentativen Parlaments zu kultur- und kirchenpolitischen Fragen), in: A magyar országgyűlés 1848/49 – ben, hg. von György Szabad (Das ungarische Parlament 1848/49), Budapest 1998; István ELMER (Hg.), A haza, az egyház és a trón érdekében. A magyar katolikus egyház 1848–1849 – ben (Im Interesse der Heimat, der Kirche und des Throns. Die ungarische katholische Kirche 1848–1849), Budapest 1999; Gábor ERDŐDY, József Antall und die Entfaltung der Demokratie Anfang der 90er Jahre, in: Neubeginn und Kontinuität (Deutsch-ungarische diplomatische Beziehungen 1990–2002), Budapest 2002; DERS., Wechselseitige Erwartungen und bestehende Voraussetzungen am Beispiel des Verhältnisses von Staat und Kirche in Ungarn 1990–1998 (erscheint demnächst in den Veröffentlichungen des Leutherheider Forums, Krefeld); Csaba FAZEKAS, A katolikus egyház közéleti tevékenységének reformkori történetéhez. Esettanulmány: Katolikus politikai program 1846 – ból. (Zur Geschichte der öffentlichen Tätigkeit der katholischen Kirche im Vormärz. Fallstudie: Katholisches politisches Programm von 1846), in: Sarnyai Csaba Máté (Hg.), Állam és egyház a polgári átalakulás korában Magyarországon, 1848–1918 (Staat und Kirche in der Epoche der bürgerlichen Umwälzung in Ungarn 1848–1918), Budapest 2001, S. 29–45; DERS., A politikai katolicizmus fogalmáról és a reformkori politikai katolicizmusról (Über den Begriff des politischen Katholizismus und über den poli-

tischen Katholizismus der Vormärz), Miskolc 2002; József GALÁNTAI, Egyház és politika 1890–1918 (Kirche und Politik 1890–1918), Budapest 1960; Jenő GERGELY, A katolikus egyház története Magyarországon 1919–1945 (Die Geschichte der katholischen Kirche in Ungarn 1919–1945), Budapest 1997; DERS., A politikai katolicizmus Magyarországon 1890–1950 (Der politische Katholizismus in Ungarn 1890–1950), Budapest 1977; DERS., A keresztényszocializmus Magyarországon 1924–1944 (Der Christsozialismus in Ungarn 1924–1944), Budapest 1994; Mihály HORVÁTH, Polgárosodás, liberalizmus, függetlenségi harc, Szerk. Lajos Pál (Verbürgerlichung, Liberalismus, Unabhängigkeitskampf), Budapest 1986; Lajos Izsák, A Political History of Hungary 1944–1990, Budapest 2002; László KATUS, Liberális katolikusok és katolikus liberálisok Nyugat-Európában a 19. század derekán (Liberale Katholiken und katholische Liberale in West-Europa in der Mitte des 19. Jahrhunderts), in: S. C. Máté (vgl. oben); Zoltán K. Kovács (Hg.), Barankovics István öröksége. A modern magyar kereszténydemokrácia atyja (Das Erbe von István Barankovics. Der Vater der modernen ungarischen Christlichen Demokratie), Budapest 1997; Ignác ROMSICS, Gróf Bethlen István politikai pályája 1901–1921 (Die politische Laufbahn von Graf István Bethlen 1901–1921), Budapest 1987; Gábor SALACZ, A magyar katolikus egyház tizenhét esztendeje 1948–1964. (Siebzehn Jahre der ungarischen katholischen Kirche 1948–1964), München 1988; Péter ZAKAR, Forradalom az egyházban? A radikális papság 1848–1849 – ben (Revolution in der Kirche? Der radikale Klerus in 1848–1849), in: S. C. Máté (vgl. oben).